

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 7/2016

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach
am: Mittwoch, 14. September 2016
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:20 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Rathaus, Bürgersaal.

Vorsitzender: Herr Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte:

Es waren anwesend:

CDU: OR Griener, OR Scheuermann, OR Böhler-Friess, , OR Kehrlé,
OR Henkel, OR Müller

B 90/Die Grünen: OR Maier, OR Dr. Puzicha-Martz, OR Öczay, OR Ralf Köster,
OR Dr. Wagner

SPD: OR Dr. Rausch, OR Holstein, OR Volz, OR Jörg Köster, OR Pfalzgraf

FDP: OR Dr. Fink-Sontag, OR Malisius

FW: OR Stutz

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Mächtlinger, OR Wenzel

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführerin:

Rosemarie Susi (StADu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Huber (StW), Herr Wefels (StW),
Herr El Wakil (StW), Herr Eldracher (LA), Frau Brehm (Sport concept), Herr Eisenbraun (Sport concept), Frau Hinken (SuS), Frau Meyer (SuS), Herr Wintermeyer (StADu), Herr Strehl (StADu), Herr Rößler (StADu), Frau Susi (StADu)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 29. August 2016 Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 6. September 2016 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 1: Fernwärme Durlach

TOP 1a: Ausweitung der Planung der Versorgung mit Fernwärme in die geplanten großen Neubaugebiete von Durlach

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 15.07.2016

Blatt 1

Der Vorsitzende (Stellvertr. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) begrüßt die Anwesenden zur 7.Sitzung des Ortschaftsrats. Er informiert, dass OR Mächtlinger und OR Wenzel sich für diese Sitzung entschuldigt haben. Danach informiert er die Anwesenden, dass in der Sitzung des Ältestenrates beschlossen wurde TOP 3, Gestaltungssatzung „Altstadt-Durlach“ von der Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen.

Weiter informiert er, dass er am 13.09. telefonisch unterrichtet wurde, dass die CDU-OR-Fraktion den Antrag **TOP 9, Rauchverbotszone Kinder- und Kleinkinderbereich im Turmbergbad** zurückgezogen haben.

Er tritt in die Tagesordnung ein und ruft **TOP 1 Fernwärme Durlach** auf und begrüßt hierzu die Herren Huber, Wefels und El Wakil von den Stadtwerken Karlsruhe.

Herr Wefels (StW) begrüßt den Vorsitzenden und die Anwesenden und stellt seine Kollegen die Herren Huber und El Wakil vor.

Er erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage) die Vorgehensweise der Stadtwerke zu dem Projekt Fernwärme für Durlach.

OR Dr. Fink-Sonntag (FDP-OR Fraktion) bedankt sich herzlich für die Präsentation. In dieser Präsentation wird erwähnt, dass die Stadtwerke an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen seien. In Durlach würde man sich eine größere Kapazität wünschen und da ja schon der Durchbruch bei der Autobahn gemacht wurde, unter der Bahn, habe sie die Frage, ob hier nachgerüstet werden müsse? Ihre Fraktion habe ja in ihrem Antrag auch die Baugebiete am Grötzingen Weg, das Anna-Leimbach-Haus und die Untere Hub genannt. Was nicht genannt wurde sei der Säuterich. Da hier ganz viele Neubaugebiete ans Netz geschlossen werden müssen frage sie sich, wie die Stadtwerke in Zukunft hier weiter plane?

Herr Wefels (StW) antwortet, wenn die Stadtwerke ein Fernwärmenetz ausbauen, müsse man vorab eine gewisse Leitungsdimensionierung festlegen. Je größer so eine erdverlegte Leitung ausgelegt werde, desto mehr Gebäude können im Endeffekt versorgt werden. Damit diese Leitung aber von Anfang an auch hydraulisch sicher betrieben werden könne, benötige man vor der Inbetriebnahme immer auch eine gewisse Mindestabnahme. Sie müssen sich vorstellen, wenn sie eine drei bis vier Kilometer lange Leitung haben und lediglich ganz am Ende dieser Leitung einen großen Abnehmer haben, dauert es sehr lange bis hier die Fernwärme in Form des heißen Wassers ankommt.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016**Protokoll zu****TOP 1: Fernwärme Durlach****TOP 1a: Ausweitung der Planung der Versorgung mit Fernwärme in die geplanten großen Neubaugebiete von Durlach**

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 15.07.2016

Blatt 2

Deshalb brauche man viele Abnehmer entlang dieser Trasse.

Man habe mit den stadtwereeigenen Fernwärmeplanern entschieden, eine Dimensionierung (Nennweite) festzulegen, die maximal 15 MW (Megawatt) Heizleistung vorgibt, um hiermit, neben den beiden Interessenten der dm-Zentrale und der Raumfabrik, zusätzlich das ganze Gebiet der Richtwohnanlage erschließen zu können.

Dort befinden sich auf kompakter Fläche Hochhäuser, und damit sehr große Abnehmer. Eine große Wärmeabnahme auf kleiner Fläche ist die Voraussetzung, damit sich ein Netzausbau auch wirtschaftlich rechnet. Dadurch dass man immer zwei Rohre (Vor- und Rücklauf) parallel verlegen und diese auch dämmen müsse, sei das sehr kostenintensiv. Das ist beispielsweise deutlich teurer als die Verlegung einer Strom oder Gasleitung. Deshalb sei der Entschluss stadtwereintern gefallen, dass man erst einmal den westlichen Bereich in Durlach mit Fernwärme versorgen möchte.

OR Dr. Fink-Sontag (FDP-OR-Fraktion) fragt, ob die Stadtwerke vorhaben dies kurzfristig aufzurüsten?

Herr Wefels (StW) fragt, wie das gemeint wäre aufzurüsten?

OR Dr. Fink-Sontag (FDP-OR-Fraktion) antwortet, eine Leitung zu verlegen, die eine größere Abnahme ermögliche?

Herr Wefels (StW) antwortet, 15 MW Heizleistung sind mit der gewählten Dimensionierung, die physikalisch erreichbare Maximalleistung.

Die maximale Wärmeleistung sei auf den kältesten Tag im Winter ausgelegt und man möchte nicht dadurch, dass man zu viele Gebäude anschließe riskieren, diese, wenn es mal sehr kalt würde, nicht ausreichend mit Wärme versorgen zu können.

Hinzu kommt, dass die gestellte Anfrage sich auf das Anna-Leimbach-Haus, die Untere Hub und auch den Grötzinger Weg bezog. Diese liegen von der jetzigen Trasse, so wie sie geplant wurde, sehr weit entfernt. Auf dem Weg dorthin habe man nicht das große Potential, wie man das beispielsweise in der Richtwohnanlage habe, um das einmal wirtschaftlich vertretbar darstellen zu können.

Zusätzlich von Bedeutung ist die Trassenfindung, in den entsprechenden Straßen. Dies sei hier nicht so einfach, da sich dort viele andere Versorgungsleitungen, wie u.a. Abwasserkanäle, Strom- und Gasleitungen befinden. Gleichzeitig habe man seitens des Tiefbauamtes die Auflage, einen gewissen Mindestabstand zwischen den einzelnen Leitungen einzuhalten.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 1: Fernwärme Durlach

TOP 1a: Ausweitung der Planung der Versorgung mit Fernwärme in die geplanten großen Neubaugebiete von Durlach

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 15.07.2016

Blatt 3

Allein eine Straßenbahnlinie zu unterfahren sei extrem kostenintensiv. Deshalb habe man sich operativ erst einmal dagegen entschieden, die angefragten Gebiete mit Fernwärme zu versorgen. Gleichwohl habe man natürlich Interesse daran, zusammen mit Ihnen hier Wärmekonzepte auf die Beine zu stellen und zu prüfen, wie diese Gebäude zukunftsorientiert und umweltverträglich mit Wärme versorgt werden können.

OR Stutz (Freie Wähler) meint, sie habe noch eine ergänzende Frage. Die Untere Hub liege ja von der dm-Zentrale bzw. dem Industriegebiet rund um den real-Markt nicht weit weg. Jetzt einfach mal nur die Frage zum Kostenanteil der Unterführung. Dieser ist ja nur ein Teil der Kosten der Unterpressung der Autobahn. Wäre es da nicht sinnvoll gewesen, hier gleich eine größere Leitung zu legen, möglicherweise in diese Richtung, was ja wirklich nur ein paar Kilometer weg sei, als um das Industriegebiet herum zu fahren.

Herr Wefels (StW) meint, denkbar wäre das alles. Man müsse sich das Fernwärmenetz wie einen Baum vorstellen. Dieser habe seinen Stamm (die größeren Leitungsdimensionierungen) bei der Erzeugung in Karlsruhe und verzweigt sich (kleinere Leitungsdimensionierung) immer mehr, je weiter wir nach Osten kommen. Sie können nun beispielsweise einer Leitung in der Dimensionierung – so um 200 mm – keine Leitung von 250 mm anschweißen.

Wir liegen im Ostring im Moment bei einer Dimensionierung von 250 mm und diese Begrenzung ist nicht wieder erweiterbar.

Nach Beendigung der Planung hat man mit dem Bau beginnen müssen. Zu diesem Zeitpunkt habe man aber noch nicht gewusst, welchen Wärmebedarf man in der Unteren Hub kalkulieren müsse.

OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) möchte eine technische Frage zu dieser Trassenkapazität stellen. Ab welchem Punkt fängt die Beschränkung auf 15 Megawatt an? Wären das nur ein paar Kilometer oder ist das sehr weit weg von der Stadt? Eine weitere Frage wäre, dass im letzten Jahr die A5 in diesem Bereich komplett neu gebaut wurde. Wäre es nicht viel billiger geworden, die Rohre gleich mit zu verlegen?

Herr Wefels (StW) antwortet, dass man ab der Alten Karlsruher Straße mit dieser Nennweite liege, die dann diese 15 Mb Heizleistung vorschreibe.

Herr Huber (StW) informiert, dass man hier im Gespräch mit dem Regierungspräsidium stand. Da wurde dieses Thema auch angesprochen. Aber die Sperrpause für den Ausbau der Autobahn habe sich zeitlich nicht mit dem gedeckt, was man an Bauzeiten habe. Deshalb musste die Autobahn unterpresst werden, um auch den nachher gesicherten Autobahnbetrieb aufrecht zu erhalten.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 1: Fernwärme Durlach

TOP 1a: Ausweitung der Planung der Versorgung mit Fernwärme in die geplanten großen Neubaugebiete von Durlach

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 15.07.2016

Blatt 4

Hätte man aufgegraben und es wäre ein Hindernis aufgetreten und die Autobahn hätte nicht geöffnet werden können, da hätte das Regierungspräsidium nicht zugestimmt.

OR Dr. Wagner (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) meint, man kenne beim normalen Trinkwassernetz, wenn das in die Jahrzehnte komme, den klassischen Wasserrohrbruch. Irgendwann werden Rohre einmal schadhaft und brechen. Wenn er sich anhöre, mit welchem Druck die Stadtwerke das Wasser durch die Leitungen presse und das mit einer Wassertemperatur von 120 °, dann stelle er sich einen solchen Bruch als mögliches Sicherheitsrisiko vor. Er möchte wissen, ob so etwas technisch vorstellbar wäre? Gebe es da gewisse Risiken und habe man so etwas schon einmal erlebt?

Herr Wefels (StW) antwortet, normalerweise sollte so etwas nicht passieren. Viele Beschädigungen im Fernwärmenetz werden durch einen äußeren Eingriff verursacht. Das Netz werde selbstverständlich auch durch ein Leckwarnsystem überwacht. Man habe relativ geringe Leck-Werte. Aber so etwas wie ein Ermüdungsbruch, wie sie es nennen, gebe es nicht. Man habe Systeme, wie z. B. bei der Deutschen Lebensversicherung in der Gartenstraße, die noch von 1963 stammen. Selbst bei dieser Leitung habe man eigentlich relativ wenige Leck-Chargen. Wenn, dann über Eingriffe von außen. Falls eine Leck-Charge passiert, das könne natürlich mal sein, dann wäre eine Schweißnaht an dieser Stelle schlecht geschweißt. Dies wird dann aber sofort behoben und die Schweißnähte überprüft.

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Er fragt den Antragsteller, ob man auf eine Abstimmung verzichtet könne?

OR Dr. Fink-Sontag (FDP-OR-Fraktion) bejaht dies.

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) bedankt sich bei den Vertretern der Stadtwerke, dass diese das komplexe Werk der Fernwärmeleitungen in Durlach vorgestellt haben. Er denke dass die Stadtwerke hier bestrebt seien, auch für Durlach gute und innovative Versorgungslösung zu finden und aktiv zu werden.

- Klopfbeifall -

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 2: Aufstellungsbeschluss Hanggebiet Durlach Bereich E
Beschlussvorlage

Blatt 1

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 2** auf. Er fragt nach, bevor man abstimme, ob es hierzu noch Fragen oder Anmerkungen gebe?

Da dies verneint wird kommt er zur Abstimmung:

Abstimmung:
Einstimmig

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 4: Entwurf des Doppelhaushalts 2017/18 mit dem Teilhaushaltsplan Durlach

Einzelberatung des Teilhaushaltsplans Durlach einschließlich der Behandlung der Anträge des Ortschaftsrats zum Haushaltsplanentwurf

Beschlussvorlage

Blatt 1

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 4** auf und übergibt das Wort an Herrn Rößler.

Herr Rößler (StaDu) meint, die Unterlagen hierzu lägen den Anwesenden vor. Der Doppelhaushalt der Stadt Karlsruhe wurde noch vor der Sommerpause durch den Herrn Oberbürgermeister eingebracht. Der Teilhaushalt ist Bestandteil dieses Doppelhaushaltes. Man habe in Durlach eine Investitionspauschale in Höhe von 490.000 Euro. Diese Summe wurde durch den Ortschaftsrat mit Vorschlägen belegt und an die Stadtkämmerei weitergegeben. Sämtliche Vorschläge, die der Ortschaftsrat in der März-Sitzung vorgebracht habe, wurden zu 100 % aufgenommen und die entsprechenden Vorhaben seien Bestandteil des Haushaltes. Darüber hinaus gebe es noch weitere Maßnahmen im Finanzhaushalt, die sich auf rund 4,5 Mio. Euro im Jahr 2017 und 4,6 Mio. Euro im Jahr 2018 belaufen. Insgesamt habe man in diesem Jahr eine kleine zeitliche Änderung, weshalb schon heute die Vorstellung des Entwurfs besprochen werde, denn dann könne der Haushalt noch in diesem Jahr vom Gemeinderat beschlossen werden. So könne man von einer Vollzugsreife in 2017 ausgehen, vorausgesetzt die Aufsichtsbehörde genehmigt diesen. Danach könne man die einzelnen Maßnahmen zeitgerecht umsetzen.

Für weitere Fragen stehe er gerne zur Verfügung.

OR Stutz (Freie Wähler) möchte etwas zum Investitionshaushalt, zum Thema Kinderspielplätze fragen. Der Kinderspielplatz an der Schlesierstraße würde ihrer Meinung nach fehlen. Hier habe vor zwei Jahren eine Begehung stattgefunden und dieser Spielplatz sei in der Zwischenzeit in einem sehr maroden Zustand. Sie möchte nun wissen, ob dieser dann im nächsten Haushalt berücksichtigt werde, oder ob man dies im Rahmen von Instandsetzungsmaßnahmen finanzieren müsse?

Herr Wintermeyer (StaDu) antwortet, das dies im nächsten Haushalt geplant sei. Man werde aber auch jetzt schon versuchen mit den vorhandenen Mitteln die Grünfläche in Teilbereichen zu sanieren. Die Planer haben sich hiermit schon befasst, es wurde also nicht vergessen.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) fragt, in den Aufzeichnungen sei von einer Stele die Rede und er möchte nun wissen, ob damit der elektronische Schaukasten an der Rathauswand gemeint wäre?

Dann möchte er wissen, ob für den Basler-Tor-Turm, für die Sanierung des obersten Geschosses, Geld vorgesehen wäre. Denn dort seien viele tote Fliegen und er meint, dass man dagegen etwas unternehmen müsse.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 4: Entwurf des Doppelhaushalts 2017/18 mit dem Teilhaushaltsplan Durlach

Einzelberatung des Teilhaushaltsplans Durlach einschließlich der Behandlung der Anträge des Ortschaftsrats zum Haushaltsplanentwurf

Beschlussvorlage

Blatt 2

Außerdem habe man vor vielen Jahren ein Kunstobjekt für die Villa-Rustica beantragt und hierfür Mittel in Höhe von 15.000 Euro vorgesehen. Gibt es dieses Geld noch oder wurde es zugunsten der Neuplanung des gesamten Areals verplant?

Herr Rößler (StaDu) antwortet, dass die elektronische Infosteile am Rathaus im Haushalt mit 15.000 Euro vorgesehen wäre.

Beim Basler-Tor-Turm gehe es um Bauunterhaltungsmittel, diese stehen im Ergebnishaushalt zur Verfügung. Im Rahmen von diesen zur Verfügung stehenden Mittel müssen solche Maßnahmen durchgeführt werden.

Die Mittel für das Kunstobjekt sind im vergangenen Doppelhaushalt veranschlagt gewesen. Man habe diese zur Übertragung vorgesehen und die Mittel stehen nach wie vor zur Verfügung.

OR Scheuermann (CDU-OR-Fraktion) meint beim Tiefbau, bei den Gemeindestraßen stehe in Aue die Schlesierstraße und Steiermärkerstraße im Plan. Das sei natürlich erfreulich, aber es fehle noch ein Teilstück der Kärntnerstraße.

Zurzeit werde die Brühlstraße gemacht und der Alter Graben. Er gehe aber davon aus, dass zuvor noch die Kärntnerstraße vollendet werde.

Herr Rößler (StaDu) antwortet, man werde dies durch das Tiefbauamt prüfen lassen. Er gehe davon aus, da hier Mittel zur Verfügung gestanden haben, dass diese auch für den Rest verbraucht oder übertragen werden.

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) meint, wenn es hierzu keine weiteren Fragen gebe, könne man zur Abstimmung kommen.

Abstimmung:

Einstimmige Zustimmung.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 5: Zulassen des Fahrradverkehrs in der Durlacher Fußgängerzone

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 14.06.2016

Blatt 1

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft TOP 5 auf.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) meint im Moment sei es ja an Werktagen von Morgens um 9:00 Uhr bis Abends um 20:00 Uhr verboten durch die Fußgängerzone zu fahren. Die Wirklichkeit sehe aber anders aus. Er selbst fahre immer durch die Fußgängerzone und mit ihm würden das fast alle Durlacher Bürger machen. Er habe sich umgehört, wie die Bevölkerung darüber denke und habe die Rückmeldung erhalten, dass die Meinung der Bürger die sei, dass dieser Antrag schon viel früher hätte gestellt werden müssen.

Man dürfe Durlach nicht mit Karlsruhe vergleichen. In Karlsruhe mag das Sinn machen, das Fahrrad fahren in der Fußgängerzone zu verbieten, aber in Durlach, in unserer Stolperzone, könne man eh nicht schnell fahren. Wenn dann noch ein Schild angebracht werde: „Fahrradfahrer bitte langsam fahren“, dann wäre das mehr als in Ordnung.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) meint, die CDU-Fraktion könne diesem Antrag nicht folgen, da man seit Jahren versuche aus der Pfinztalstraße das zu machen, was sie eigentlich sein sollte, nämlich eine Fußgängerzone.

Man denke sich monatlich, halbjährlich Dinge aus, das letzte war eine Geschwindigkeitsmessung und man sei sich doch im Klaren, dass man diesen Verkehr aus der Fußgängerzone haben möchte. Er denke es sei das falsche Signal, dieses Bestreben hier aufzuweichen, in dem man sage, dass man gewisse Verkehrsteilnehmer, in diesem Fall wären es die Fahrradfahrer, zu privilegieren. Dies möchte man nicht. Später kämen dann die Mofafahrer und beanspruchen das Gleiche, da sie nur 10 km/h schnell fahren. Es sollten alle an einem gemeinsamen Ziel festhalten, zumal es zu gewissen Zeiten ja erlaubt sei, mit dem Fahrrad durchzufahren.

Außerdem möchte er noch anmerken, dass er selbst schon erlebt habe, dass es zu rücksichtslosem Verhalten von Seiten der Fahrradfahrer gekommen sei.

Seine Fraktion lehne diesen Antrag ab.

OR Dr. Wagner (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) merkt an, dass von Seiten seiner Fraktion eine differenzierte Sichtweise zum Antrag bestehe.

Prinzipiell wäre seine Fraktion für die Förderung des Fahrradverkehrs. Erstmals sei man aber was den Antrag angehe, mit der Antwort der Verwaltung nicht ganz glücklich. Dies sei eine reine Stellungnahme des Ordnungsamtes, aber eigentlich betreffe es auch noch das Stadtplanungsamt.

Es sei erst einmal Tatsache, dass es in Durlach keine gescheite Radverbindung von Ost nach West gebe, wenn man die Kernstadt Durlach queren wolle. Es gab vor nicht allzu langer Zeit einen Antrag zu dieser Thematik, dass doch bitte von planerischer Seite eine entsprechende Radverbindung aufgezeigt und gestaltet werden sollte. Da sei die Verwaltung bis heute die abschließende Antwort schuldig geblieben.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 5: Zulassen des Fahrradverkehrs in der Durlacher Fußgängerzone

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 14.06.2016

Blatt 2

Deshalb habe man erwartet, dass in Bezug auf diesen Antrag, der letztendlich die gleiche Thematik habe, wie man von Ost nach West durch die Kernstadt komme, eine Lösung angeboten werde.

Solange man keine alternative Fahrradroute habe, dränge sich für viele Fahrradfahrer auf, eben diese 200 – 300 m, die eigentlich nur für den Fahrradverkehr gesperrt sei, zu durchfahren. Das sei die erlebte Realität.

Die Verwaltungsantwort befriedige auch deshalb nicht, da die Begründung, dass die Gleise eine Gefahr für die Fahrradfahrer darstelle und man es deshalb ablehne, lächerlich sei, denn jeder kenne die Gefahr, mit dem Reifen in ein Gleis zu kommen. Nur gebe es auch in Karlsruhe unzählige Stellen, wo das Fahrradfahren erlaubt sei und das trotz Straßenbahngleisen. Dies sei in keinster Weise ein Argument gegen das Fahrrad fahren.

Aber man sehe die Problematik, ähnlich wie Kollege Griener das schon erwähnt habe, dass es im Kernbereich der Pfinztalstraße oft zu Kollisionen zwischen Fußgänger und Fahrradfahrer komme. Denn gerade zu Zeiten, wo viele Fußgänger unterwegs seien, beschränken sich die Fahrradfahrer nicht auf die Zone in der Mitte, wo die Straßenbahnen fahren, sondern fahren direkt dort, wo die Fußgänger laufen.

Wenn es eine geeignete parallele Führung gebe, die man wirklich gut für den Fahrradverkehr ausbauen würde, ob südlich oder nördlich der Pfinztalstraße, diese wären in beiden Varianten denkbar. Vielleicht mit einer kleinen Teilöffnung der Pfinztalstraße im westlichsten Zipfel der jetzigen Fußgängerzone, aber da ist uns das Stadtplanungsamt noch eine Antwort schuldig. Man habe diese von der Verwaltung erwartet und nicht nur den ordnungsrechtlichen Aspekt.

Daher die drängende Nachfrage an das Stadtplanungsamt, gibt es hier bald eine Planung für eine alternative Trassenführung für die Fahrradfahrer, diese komfortabel auszubauen, dann könnte man auf den Antrag der FDP verzichten.

OR Pfalzgraf (SPD-OR-Fraktion) möchte im Gegensatz zum Kollege Dr. Wagner sagen, dass man mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden sei, obwohl er die Kritik wegen der Schienen teile.

Denn in der Zeit, wo laut Satzung das Fahren erlaubt sei, sind diese Schienen ja auch da. Von daher steche dieses Argument in der Tat nicht.

Aber man sei der Auffassung und hier sei man einer Meinung mit Kollege Griener, dass man seit Jahren darum kämpfe, dass aus dieser Fußgängerzone endlich auch eine reine Fußgängerzone werden solle. Man wolle sich in keinster Weise gegen Radfahrer aussprechen, aber man glaube schon, dass bei einer Wegstrecke von ca. 150 m Länge, das Fahrrad auch geschoben werden könne. Darüber hinaus habe man sehr wohl Alternativrouten, denn man könne durch den Altstadtring fahren und das in beiden Richtungen. Der Umweg über den Altstadtring sei nicht allzu groß, wenn man mit dem Fahrrad fahren und nicht schieben wolle.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 5: Zulassen des Fahrradverkehrs in der Durlacher Fußgängerzone

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 14.06.2016

Blatt 3

Darüber hinaus müsse man klipp und klar sagen, dass es eine Satzung der Stadt Karlsruhe sei und Durlach gehöre nun einmal zu Karlsruhe. Er sei überzeugt, dass der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe niemals eine Ausnahme machen werde von seiner eigenen Satzung, dass in Karlsruhe das Fahrrad fahren in der Fußgängerzone verbietet und in Durlach erlaubt.

Dadurch würde jedes Gemeinderatsmitglied, welches seinerzeit dieser Satzung zugestimmt habe, in gewisser Weise unglaubwürdig. Von daher sei es eines Teils verständlich was Kollege Malisius sage, wenn es denn so wäre, dass mit einem Schild: „langsam fahren“, die Fahrradfahrer auch wirklich langsam fahren würden.

Aber hier müsse man eben unterscheiden, zwischen Radlern und Kampfradlern. Und ein Kampfradler werde sich wenig darum kümmern, wenn ihn ein Schild zum langsam fahren auffordere. Daher bestehe diese Gefahr trotzdem.

Außerdem gebe es nicht nur die Bevölkerungsschicht, die jetzt mit Kollege Malisius gesprochen habe und gerne fahren möchte. Es gebe auch die Bevölkerungsschicht, die sich massiv über die Fahrradfahrer beklagen und hier möchte er ausdrücklich die Kampfradler betonen, die auch keine Hemmungen haben, Fußgänger umzusäbeln. Das könne man in Zeitungsberichten schließlich des Öfteren verfolgen.

Damit keine Ansage gegen Radfahrer, aber seine Fraktion sei der Meinung, dass man endlich eine reine Fußgängerzone erreichen wolle, ohne Rad- und Autofahrer.

Man sei also absolut mit der Stellungnahme der Stadtverwaltung einverstanden.

OR Stutz (Freie Wähler) zieht zurück, da bereits alles gesagt worden sei.

OR Dr. Fink-Sontag (FDP-OR-Fraktion) möchte widersprechen, denn der Übergang von Fahrräder auf Motorräder sei doch ein heftiger Schritt. Also ob man Fahrräder zulassen werde, oder Motorradfahrer, wäre doch ein großer Unterschied. Man sei davon ausgegangen, dass die Fakten so aussehen, dass sowieso schon viele Fahrradfahrer durch die Fußgängerzone fahren und dass diese eben auch Kunden wären, die dort einkaufen. Insofern wollte man nach dieser Antwort der Verwaltung eine Satzungsänderung beantragen, doch so wie sie die Stimmung hier wahrnehme, in diesem Gremium, sehe sie dafür keine Grundlage.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) meint, solange die Straßenbahn unbegrenzt durch die Fußgängerzone fahren dürfe, habe man eh keine Fußgängerzone. Es sehe nicht so aus, als ob die Straßenbahnen unter Durlach durchfahren werden, nachdem Karlsruhe schon solche Probleme mit der U-Strab habe.

Er ärgere sich auch über die vielen Autofahrer, die durch die Fußgängerzone fahren, hier würde sich auch nichts ändern, aber Kampfradfahrer würden nicht durch die Fußgängerzone fahren. Denn diese sei eine Stolperzone bei der die Steine nicht mit Teer ausgegossen wären.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 5: Zulassen des Fahrradverkehrs in der Durlacher Fußgängerzone

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 14.06.2016

Blatt 4

Radfahrer mit dünnen Reifen rasen nicht durch die Fußgängerzone, da sich diese Reifen nicht eignen, um schnell über das Kopfsteinpflaster zu rasen und schnell kaputt gingen. Er habe noch keinen dieser Fahrradfahrer durch die Fußgängerzone rasen sehen. Dann möchte er noch sagen, dass er der Meinung sei, dass die Satzung von Karlsruhe nicht unbedingt auch für Durlach gelten müsse. Durlach sei etwas anderes als Karlsruhe und er glaube, dass der Gemeinderat durchaus unterscheiden könne, dass was in Karlsruhe durchaus sinnvoll sei, für Durlach aber nicht zutreffe. Insofern ziehe dieses Argument nicht.

Man solle schon überlegen, ob man nicht beantragen wolle, die Satzung zu ändern, denn dann wäre auch das Stadtplanungsamt in der Pflicht. Wenn man hier mehrheitlich dafür abstimme, auch Fahrradfahrer durch die Fußgängerzone fahren zu lassen, dann müsse das Stadtplanungsamt diese auch so gestalten, dass Fahrradfahrer vernünftig durchfahren können. Im Moment gehe das ja nicht, da es sich um eine reine Stolperzone handle.

Für Karlsruhe könne sie ja bleiben und er sei sicher, dass der Gemeinderat hier mehrheitlich mitziehen werde.

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Er fragt den Antragsteller, ob eine Abstimmung nun erwünscht sei?

Nachdem diese Frage bejaht wurde, kommt er zur Abstimmung:

OR Pfalzgraf (SPD-OR-Fraktion) fragt nach, worüber man nun abstimme. Kollege Malisius habe vorgeschlagen, eine Satzungsänderung zu beantragen. Das sei etwas anderes, als das was man vorliegen habe. Er möchte wissen, ob man nun über den Antrag abstimme, oder um den Vorschlag dem Gemeinderat eine Satzungsänderung zu empfehlen?

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) erläutert, dass man noch keinen offiziellen Antrag von der FDP-OR-Fraktion, bezüglich einer Satzungsänderung habe, demzufolge könne man darüber auch heute nicht abstimmen. Man stimme heute über den vorliegenden Antrag ab.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) wirft ein, dass er der Meinung sei, dass diese Satzungsänderung wichtig wäre und er deshalb einen Antrag über eine Satzungsänderung nachreichen werde.

Danach sei ja Zeit um alles weitere zu besprechen und in die Wege zu leiten.

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) informiert, dass ein solcher Antrag schriftlich eingereicht werden müsse. Deshalb könne man diesen nicht spontan auf die Tagesordnung der Sitzung nehmen.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 5: Zulassen des Fahrradverkehrs in der Durlacher Fußgängerzone

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 14.06.2016

Blatt 5

OR Pfalzgraf (SPD-OR-Fraktion) meint, dass Kollege Malisius sehr wohl diesen Antrag stellen könne. Es müsse lediglich ein Ergänzungsantrag sein und dieser müsse klar definiert werden.

OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) weist darauf hin, dass der Antrag über eine Satzungsänderung, was ja ein Antrag an den Gemeinderat wäre, nur dann Sinn mache, wenn die Mehrheit des Ortschaftsrats auch wünsche, dass in der Fußgängerzone das Fahrradfahren erlaubt werde. Also mache es durchaus Sinn zuerst einmal über den schon rechtzeitig eingereichten Antrag abzustimmen. Wenn hier keine Mehrheit zustande komme, sei der zweite Antrag doch eh sinnlos.

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) meint, das sei allerdings eine Entscheidung des Antragstellers.

OR Fink-Sontag (FDP-OR-Fraktion) äußert, man werde den Ergänzungsantrag stellen.

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) stellt fest, dass man den Antrag präzisieren werde.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) übergibt den Antrag zur Satzungsänderung an den Vorsitzenden.

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) informiert, dass er nun den Ergänzungsantrag über die Änderung der Satzung über das Fahrradfahren in Karlsruhe und Durlach habe. Er fragt die Anwesenden, ob alle verstanden haben um was es OR Malisius in diesem Antrag gehe?

Der Ergänzungsantrag der FDP-OR-Fraktion lautet: Änderung der Satzung über das Fahrradfahren in Karlsruhe und Durlach in den Fußgängerzonen, bzw. in der Durlacher-Fußgängerzone.

Eine Abstimmung über die Karlsruher Fußgängerzone überschreite die Kompetenzen des Ortschaftsrats Durlach.

Nach Rücksprache mit Herrn Röbler präzisiert er dies noch einmal.

Es gehe um den **Antrag auf Änderung der Satzung über die Sondernutzungen in Fußgängerzonen in den Fußgängerbereichen, hier speziell für Durlach.**

Er möchte zuerst über diesen Ergänzungsantrag abstimmen, denn vielleicht könne man sich danach eine weitere Abstimmung sparen. Wer stimmt diesem Antrag zu?

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 5: Zulassen des Fahrradverkehrs in der Durlacher Fußgängerzone

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 14.06.2016

Blatt 6

Abstimmung:

2 Ja Stimmen

5 Enthaltungen

13 Nein Stimmen

Damit wäre der Antrag abgelehnt, daher sei er der Meinung, man könne sich eine weitere Abstimmung sparen.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 6: Städtebaulicher Wettbewerb neues Stadtquartier an der Pfinz

Antrag der B'90/Die Grünen-OR-Fraktion, eingegangen am 17.06.2016

Blatt 1

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 6** auf stellt die Frage an die Anwesenden, ob es hierzu Fragen oder Anmerkungen gebe?

Da dies nicht der Fall ist kommt er zum nächsten Punkt.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 7: Barrierefreie Pfinztalstraße

Antrag der B'90/Die Grünen-OR-Fraktion, eingegangen am 17.06.2016

Blatt 1

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 7** auf.

OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) informiert die Anwesenden, dass man hier die Bemühungen der Stadt, den zu Fuß gehenden Freiraum zu schaffen, unterstützen wolle. Es laufen hier einige Aktionen in verschiedenen Stadtteilen, Gehwege freizubekommen. In manchen Stadtteilen wären diese sogar schon gelaufen.

Der Granitstreifen in der Durlacher Fußgängerzone liege schon länger, als er hier im Ortschaftsrat sitze, also schon deutlich über 20 Jahre. Dieser erfülle schon allein durch seine Breite nicht dem, was die Stadt Karlsruhe heute als ausreichend ansehe, nämlich 1,60 – 2,00 Meter. Auch müsse diese Breite immer und überall freigehalten werden für Rollstuhlfahrer, oder Gehbehinderte mit Rollatoren u.ä.

Insofern sei man erst einmal mit der Antwort der Verwaltung zufrieden und werde gemeinsam mit der Stadt die Situation beobachten.

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und kommt zum nächsten Tagesordnungspunkt.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 8: Sport- und Freizeitpark Untere Hub

Antrag der B'90/Die Grünen-OR-Fraktion, eingegangen am 17.06.2016

Blatt 1

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 8** auf und erläutert, dass hier im öffentlichen Teil die Frage nach dem Stand des Grundstückserwerbs, bzw. des Umlegungsverfahrens behandelt werde.

Der zweite Antragspunkt bedingt eine Diskussion im nichtöffentlichen Teil unserer Sitzung, da hier persönliche Informationen transportiert werden, die nichtöffentlich zu behandeln seien.

Hierzu begrüßt er **Herrn Eldracher vom Liegenschaftsamt**, der bei diesem Thema für Fragen zur Verfügung stehe.

OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) meint, diese Gespräche mit den letzten privaten Eigentümern würden ja nun schon ein bis zwei Jahre laufen. Er möchte wissen, ob es hier Fortschritte gebe? Hat die Stadt hier ihre Taktik gegenüber den Eigentümern umgestellt, oder wie lange wird das noch so weiter gehen?

Herr Eldracher (LA) antwortet, dass bei der Sitzung im Oktober 2015, wo ja diese Anfrage schon einmal gestellt wurde, der gleiche Zustand bestehe. Viel mehr möchte er hier jetzt nicht sagen, denn dies hänge mit dem Konzept zusammen, was im Moment erarbeitet werde. Im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung werde er die Fortentwicklung und welche Szenarien es geben könnte, noch einmal darlegen.

OR Dr. Rausch (SPD-Fraktion) meint, er möchte nur noch einmal zur Interpretation wiederholen, dass es seit Oktober 2015 keinen neuen Sachstand gebe. Verantwortliche für den Grundstückserwerb sei das Liegenschaftsamt. Das bedeute, dass das Liegenschaftsamt seit Oktober 2015 nichts, aber auch gar nichts unternommen habe, um den Verkauf des Sport- und Freizeitparks Untere Hub voran zu bringen. Er möchte nicht ausschließen, dass wenn das so weiter gehe, man in einem Jahr erneut einen solchen Antrag verhandeln werde, mit dem gleichen Ergebnis wie heute, dass es keinen neuen Sachstand gebe.

Man habe den Ortschaftsrat informiert, dass die Stadt Karlsruhe mit einigen Grundstückseigentümern in Kontakt getreten wäre und man wurde weiterhin informiert, dass die Stadt Karlsruhe selbst unter Mithilfe des Oberbürgermeisters diesen Grundstückseigentümern nicht mehr Geld angeboten habe, als man für einen wertlosen Acker erhalte.

Man werde heute, im nichtöffentlichen Teil feststellen, dass bei einem anderen Grundstückserwerb das Liegenschaftsamt durchaus bereit sei, flexibler zu verhandeln. So flexibel wird bei der Unteren Hub aber nicht verhandelt.

Die Alternative, die jetzt geprüft und die wir im späteren Teil dieser Sitzung diskutieren werden, ist ein Umlegungsverfahren. Hier werde man informiert, dass es einen Zwangsgrundstückstausch geben könne, um eine Enteignung zu vermeiden.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 8: Sport- und Freizeitpark Untere Hub

Antrag der B'90/Die Grünen-OR-Fraktion, eingegangen am 17.06.2016

Blatt 2

Die städtischen Grundstücke werden dann so zugeordnet, dass städtische Ackerflächen den privaten Eigentümern zur Verfügung gestellt werden und dafür die Flächen auf der Unteren Hub der Stadt zur Verfügung stehen.

Nur, wenn man ein solches Alternativziel verfolge und das halte er auch für sinnvoll, wenn man die Grundstücke zu diesen Spotpreisen nicht erwerben wolle, dann müsse man das Umlegungsverfahren aber auch einleiten. Hierüber diskutiere man aber schon seit dem 31. Oktober 2015.

Am 11. November 2016 tagt der Umlegungsausschuss und es wäre ein leichtes, den Aufstellungsbeschluss für das Umlegungsverfahren in diese Sitzung zu bringen. Es gehe nur darum Grundstücke zuzuordnen, damit dieses Projekt realisiert werden könne. Als gewählter Volksvertreter könne er Niemandem mehr erklären, warum wir jetzt, nachdem der Ortschaftsrat einstimmig und der Gemeinderat seine Hausaufgaben gemacht habe, warum wir mittlerweile im nächsten Jahr in das zehnte Jahr der Planung des Sport- und Freizeitparks Untere Hub gehen, ohne dass sich objektiv am Status quo etwas verändert habe. Das liege nicht allein am Dezernat 3 und gewiss nicht am Schul- und Sportamt.

Wenn er dann noch die Information erhalten, die sie liebe Kolleginnen und Kollegen auch erhalten haben, das entgegen dem Votum des Ortschaftsrats, das Stadtplanungsamt plötzlich den Bebauungsplan Sport- und Freizeitpark Untere Hub an Priorität 3 führt, dann könne man mittlerweile als Ortschaftsrat Jedem der dies wissen möchte sagen, dass man nicht mehr daran glaube, dass man den Sport- und Freizeitpark noch erlebe, wenn so weitergearbeitet werde wie bisher.

Hier möchte er keine Ausrede mehr gelten lassen, wo ein städtisches Amt auf das andere verweist. Das habe er sich schon im Ältestenrat anhören müssen und er glaube, dass er sich dies auch jetzt wieder wird anhören müssen.

Als Ortschaftsrat interessiere es nicht, wie sich die einzelnen Ämter untereinander abstimmen müssen, es interessiere allein, dass dieses Projekt realisiert werde. Wenn hier aber steht, dass es seit Oktober 2015 keinen neuen Sachstand gebe, dann habe, aus seiner Sicht, die Verwaltung das Projekt seither nicht voranbringend bearbeitet.

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) weist darauf hin, dass manches was hier gefragt, bzw. auch gesagt wurde, einer gewissen nichtöffentlichen Diskussion obliege. Demzufolge haben man bitte Verständnis, wenn Herr Eldracher nicht auf alle Fragen wird eingehen können. Er wird beantworten, was im Sinne einer öffentlichen Diskussion möglich sein wird. Den Rest werde man im nichtöffentlichen Teil besprechen.

Herr Eldracher (LA) möchte eine Sache gleich richtig stellen. Es wurde gesagt, dass seit dem 14. Oktober des letzten Jahres nichts mehr passiert sei. Das stimme so nicht. Das Liegenschaftsamt sei im ständigen Kontakt mit den Eigentümern, die dort angesiedelt sind.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 8: Sport- und Freizeitpark Untere Hub

Antrag der B'90/Die Grünen-OR-Fraktion, eingegangen am 17.06.2016

Blatt 3

Man müsse aber zur Kenntnis nehmen, dass man hier in Deutschland, im Grundgesetz den § 14 habe, der besagt, dass wenn jemand Eigentum habe, dass er darüber verfügen dürfe und es Niemandem unbedingt verkaufen müsse, auch nicht der Stadt Karlsruhe. Dies sei sehr wichtig. Alle anderen Dinge die hier angesprochen wurden, sind verständlich, aber bitte verstehen sie, dass man erst im nichtöffentlichen Teil dazu Stellung nehmen werde.

OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) meint, er möchte keinem Amt unterstellen, dass es seit Oktober 2015 nichts mehr getan habe. Das sei ein völlig absurder Vorwurf.

Dass nichts erreicht wurde, sehe man ja, aber das sei eine andere Geschichte. Nichts erreicht und nichts gemacht sind zwei verschiedene Dinge, hier müsse man die Ämter in Schutz nehmen.

Nach den Unterlagen, die man vorliegen habe, wurde auch hier nicht nur ein aktueller Marktwert für Ackerland geboten. Es wurde versucht bis zu einer gewissen Grenze, bei der die Stadt Karlsruhe sagt, mehr sei nicht erlaubt, zu bieten.

Diese Differenz liege aber weit unter den Preisvorstellungen der jetzigen Eigentümer der Grundstücke.

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und schließt diesen TOP.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 9: Rauchverbotszone Kinder- und Kleinkinderbereich im Turmbergbad

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 19.07.2016

Blatt 1

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) meint, dass wie schon am Anfang erwähnt, dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werde.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 10: Hochwasserschutz in Durlach

Anfrage der B'90/Die Grünen-OR-Fraktion, eingegangen am 19.06.2016

Blatt 1

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 10** auf und möchte wissen, ob es hier Zusatzfragen gebe?

OR Maier (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) bedankt sich für die Antwort der Verwaltung.

Durch den Vergleich des Einzugsbereichs sei ihm aufgefallen, dass wohl das Rückhaltebecken an der B3 den ganzen Bereich Tiefental umfasst und das wären über 5 km². Dass sei ja aber auch logisch, wenn man sich dies auf der Karte anschaue.

Das Rückhaltebecken im Bereich Dürrbach erschließt aber nur einen Bruchteil dieses ganzen Tals und da ist die Rede von 1,9 km².

Das würde aber bedeuten, dass der ganze Bereich Eisenhafengrund scheinbar ohne Rückhaltesystem in Richtung Durlach fließt und er möchte wissen, ob dies korrekt wäre?

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) antwortet, dass man die Frage an das Tiefbauamt weiterleiten werde und die Antwort in einer der nächsten Sitzungen des Ortschaftsrats bekannt gebe.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 11: Privatstraßen

Anfrage der B'90/Die Grünen-OR-Fraktion, eingegangen am 19.06.2016

Blatt 1

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 11** auf.

OR Maier (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) meint, er habe hier noch eine Zusatzfrage. Bei der Antwort auf Frage zwei gebe die Verwaltung an, dass Verkehrszeichen in Privatstraßen nur dann eine Gültigkeit haben, wenn sie von der Straßenverkehrsbehörde angeordnet wurden.

Bei Frage drei habe er ja konkret Schilder angefragt, aber hier habe die Verwaltung die Antwort nicht verraten. Er möchte aber wissen, ob diese Schilder angeordnet wurden und ob diese nun gelten oder nicht?

Er sei der Meinung, dass im Bereich Privatstraßen ein großes, rechtliches Wirrwarr herrsche, wenn es z. B. um private Fußwege gehe, dazu sei die Antwort nicht sehr fundiert. Weiter möchte er wissen, dass wenn man einen privaten Fußweg mit öffentlichem Gehrecht habe und installiere dort irgendwann ein Schild mit dem Hinweis: „Durchgang verboten“, dann gebe es keine Institution, die das überwacht, oder entfernt.

Der Bürger, der nichts über die rechtlichen Hintergründe wisse, werde gehindert, diesen Weg, den er eigentlich berechtigt wäre zu gehen, tatsächlich auch gehen könne.

Bei Straßen habe man das Selbe Problem, dass wenn nachträglich Schilder angebracht werden, es keinen Mechanismus gebe, der diese im Nachhinein angebrachten Schilder wieder entfernt, um so für die Allgemeinheit wieder sinnvolle Verhältnisse herzustellen.

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) meint, auch diese Frage werde man an die entsprechenden Fachämter Tiefbauamt und Ordnungsamt weiterleiten.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 12: Mitteilungen des Stadtamtes Durlach

Blatt 1

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 12** auf.

Hierzu habe man eine **Tischvorlage der VBK** zu einer Anfrage von **OR Pfalzgraf zum Thema Sauberkeit im Gleisbereich Durlach** aus der Sitzung des Ortschaftsrats vom **6. Juli 2016** (s. Anlage).

Er liest eine **Antwort des GBA** zu einer Frage von **OR Maier** aus der Sitzung des Ortschaftsrats vom **8. Juni 2016** zum Thema **Kinderspielplatz Pfaffstraße** vor, dass die defekten Pfoften, bzw. Spielgeräte demontiert wurden.

Die defekten Pfoften wurden mit dem alten Fundament entfernt, um im Herbst dieses Jahres eine neue Schaukel aufzubauen.

Auf die Frage nach den Zuständigkeiten, antwortet das GBA, dass der Schrebergartenverein nur innerhalb seiner Kleingartenanlage zuständig wäre (s. Anlage).

Eine **Anfrage von OR Wenzel** an das **Polizeirevier Durlach** bezüglich **Unfallauswertungen im Bereich Rittnertstraße zwischen Gymnasiumstraße und Rosengärtle** ergab, dass im Zeitraum zwischen 2011 und 2015 es sechs Verkehrsunfälle mit Personenschaden gegeben habe. Im Jahr 2011 vier im Jahr 2013 einen und im Jahr 2014 ebenfalls einen. Im laufenden Jahr gab es bisher keine Personenschäden (s. Anlage).

Weiter habe er eine umfangreichere **Antwort des Tiefbauamtes** zur Wortmeldung von **OR Ralf Köster** auf die Frage zu **Finanzierung barrierefreier Ausbau von Haltestellen**.

Hier teilt das Tiefbauamt mit, dass Bushaltestellen, sofern sie an Straßen zu liegen kommen, nach § 2 Straßengesetz (StrG), Teil der öffentlichen Straße seien. Gemäß § 51 StrG trage das Tiefbauamt somit die Kosten für den barrierefreien Ausbau dieser Bushaltestellen, als Straßenbaulastträger.

Straßenbahnen unterliegen dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG). Als Teil der Betriebsanlage einer Straßenbahn gehören die Haltestellen, bzw. Bahnsteige zum Verantwortungsbereich des zuständigen Verkehrsunternehmens, hier im Stadtgebiet Karlsruhe also die Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH und die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH. Die Kosten für den barrierefreien Umbau der Straßenbahnhaltestellen trage das jeweils zuständige Verkehrsunternehmen.

Für den barrierefreien Ausbau der Haltestellen könne nach § 2, Absatz 8 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) des Landes Baden-Württemberg Zuschüsse beantragt werden. Soweit möglich werden diese Anträge vom Kostenträger gestellt.

Bei der Vielzahl der Haltestellen im Stadtgebiet Karlsruhe ist es nach heutigem Stand nicht möglich alle Haltestellen bis 2022 barrierefrei auszubauen (s. Anlage).

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 13: Mündliche Anfragen

Blatt 1

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 13** auf und übergibt das Wort an OR Malisius.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) meint, er wäre vor kurzem mal wieder mit der Turmbergbahn gefahren. Man habe ja im Ortschaftsrat darauf gedrungen, dass bei der Bergstation am untersten Wagen eine Tür vorgesehen werde, damit Rollstuhlfahrer bequem auf die Terrasse fahren können. Jetzt habe er festgestellt, dass die Tür und alles andere vorhanden, aber durch Schutzstreifen gekennzeichnet und nicht benutzbar wären. Er habe den Schaffner befragt, aber dieser habe geantwortet, dass er hierfür nicht zuständig sei. Deshalb seine Frage nach der Zuständigkeit und warum, wenn doch alles vorhanden sei, man das nicht nutzen dürfe?

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) antwortet, dass diese Tür im Voraus eingebaut wurde, im Rahmen der Umbaumaßnahmen. Diese können aber erst genutzt werden, wenn die neuen Wagen zum Einsatz kommen. Man werde aber die Frage an das zuständige Amt weiterleiten.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) meint man habe im Juni einen Antrag zur dauerhaften Verkehrsberuhigung in der Pfinztalstraße besprochen. Im Zuge dessen wurde vereinbart, dass in einem gewissen Zeitrahmen eine mobile Geschwindigkeitsanzeige in dieser Straße aufgestellt werden solle und dass diese gleichzeitig auch die Geschwindigkeiten registriere. Er möchte wissen, ob und wann diese eingerichtet werde?

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) antwortet, dass dies zugesagt wurde und dass man sich um den Zeitpunkt kümmern werde.

OR Dr. Fink-Sontag (FDP-OR-Fraktion) fragt, nach dem Wartehäuschen beim Bergwald. Dies wurde zugesagt und da man nun wieder in die kalte Jahreszeit komme, wo es dringend benötigt werde, wolle sie nachfragen, wie lange man darauf noch warten müsse?

Der Vorsitzende (Stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) meint, man werde sich darum kümmern.

7. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. September 2016

Protokoll zu

TOP 13: Mündliche Anfragen

Blatt 2

Da es keine weiteren Fragen gibt, schließt er den öffentlichen Teil der Sitzung um **18:20 Uhr**.

Der Vorsitzende:

Die Urkundsbeamten:

.....
**Stellvertr. Ortsvorsteher
Martin Pötzsche**

.....
**OR Scheuermann
(CDU-OR-Fraktion)**

Die Protokollführerin:

.....
**OR Dr. Wagner
(B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)**

.....
Frau Susi, StaDu